

Frank und Ralf Huneke GbR
Großer Stein 5
26789 Leer



Messstelle nach §29b BImSchG
für Geräusche u. Erschütterungen
Akkreditiertes Prüflaboratorium nach
DIN EN ISO / IEC 17025

25. Juli 2018

Dipl. Phys. Hermann Remmers



Telefon

(0441) 57061-0

Fax

(0441) 57061-10

Email

info@itap.de

Postanschrift

Marie-Curie Str. 8
26129 Oldenburg

Geschäftsführer

Dipl. Phys. Hermann Remmers
Dr. Michael A. Bellmann

Sitz

Marie-Curie-Str. 8
26129 Oldenburg
Amtsgericht Oldenburg
HRB: 120 697

Bankverbindung

Raiffeisenbank Oldenburg
IBAN: DE80 2806 0228 0080 0880 00
BIC: GENODEF10L2

Commerzbank AG
IBAN: DE70 2804 0046 0405 6552 00
BIC: COBADEFFXXX

Projekt-Nr. 3346-18.rem

Bodenabbauvorhaben der Firma Huneke in Veenhusen, Gem. Moormerland

Antrag zum vorzeitigen Beginn gemäß § 57 b BbergG

**Hier: Schall- und staubtechnische Stellungnahme zu den Auswirkungen
durch den vorzeitigen Beginn**

Sehr geehrter Herr Ralf Huneke,

im Rahmen des Antrags zum vorzeitigen Beginn nach § 57 b BbergG auf der Abbaufäche südlich der Menteweherstraße haben Sie mich gebeten, die nachfolgend aufgeführte schall- und staubtechnische Stellungnahme zu den Auswirkungen des vorzeitigen Beginns abzugeben.

Im Rahmen der Besprechung beim LBEG am 09. Juli 2018 sind folgende Änderungen in den Unterlagen zum vorzeitigen Beginn gegenüber den RBP-Antragsunterlagen festgelegt worden:

- Lage der Baustraße und Erstellung einer 2. Baustraße
- Temporäre Verkürzung des Lärmschutzwalls (LSW) im südöstlichen Verlauf
- Verwendung einer vorhandenen Zufahrt als zweite nördliche Zufahrt zum Betriebsgelände
- Abtransport von 150.000 m³ Sand aus Startgewässer unter Berücksichtigung der aus dem vorliegendem BImSchG-Gutachten vorgegebenen 62 Lkw-Fahren täglich
- Sowohl Torf- als auch Kleizwischenlagerung auf beiden Lagerflächen im Nordosten und Südosten des Antragsgebietes
- Abtransport der Sande aus dem Startgewässer per Lkw unter Plane
- Einsatz eines Baggers für die Erstellung des Startgewässers und des dabei geförderten Sandes

Im Folgenden wird zu den oben angeführten Änderungen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht hinsichtlich Schall- und Staubemissionen Stellung bezogen.

Im vorliegenden Fall stellen die „Temporäre Verkürzung des Lärmschutzwalls (LSW) im südöstlichen Verlauf“ und die „Verwendung der vorhandenen Zufahrt als zweite nördliche Zufahrt“ die wesentlichen Punkte hinsichtlich der Schallimmissionen dar. Die Zwischenlagerung von Torf und Klei auf dem Antragsgebiet und der Abtransport mittels maximal 62 Abfahren täglich sind bereits im schalltechnischen Gutachten (Nr. 2324-14-e-mo) vom 05.08.2016 und im staubtechnischen Gutachten (Nr. 2325-14-e-Lue) betrachtet und bezüglich des Immissionsschutzes als unkritisch eingestuft worden. Der zusätzliche Abtransport von Sand aus dem Startgewässer erfolgt auch unter Berücksichtigung der maximal 62 zulässigen und immissionsschutzrechtlich unkritischen Abfahren pro Tag. Durch den Abtransport des Sandes unter Plane ergeben sich keine zusätzlichen Staubemissionen.

Der Einsatz eines Baggers für die Erstellung des Startgewässers ist schalltechnisch – von den Emissionen her – vergleichbar mit dem eines Kettenbaggers oder einer Raupe, die bereits im oben genannten schalltechnischen Gutachten auf der Abbaufäche täglich zum Einsatz gebracht worden sind. Da die genannten Maschinen auf der Antragsfläche getrennt von einander und nicht zeitgleich betrieben werden, gehen keine zusätzlichen Geräuschemissionen von der Abbaufäche aus.

Im oben genannten schalltechnischen Gutachten (Nr. 2324-14-e-mo) ist als Schallschutzmaßnahme ein Lärmschutzwall auf der Abbaufäche südlich der Mentewehrstraße festgesetzt worden. Diese Maßnahme dient dazu, um den maßgeblichen Immissionsrichtwert von 55 dB(A) tagsüber am Immissionsort IP 3 (Wiesenstraße 29) im benachbarten WA-Gebiet einhalten zu können. Dieser Lärmschutzwall soll nun aus Gründen des vorzeitigen Beginns am südöstlichen Ende um ca. 50 m verkürzt werden (s. Planausschnitt in Abb. 1). Mit der Verkürzung des Lärmschutzwalls ist auch eine Verschiebung/Verkürzung der Zufahrt (vorhandene Zufahrt als zweite nördliche Zufahrt) zum Abbaugelände verbunden.

Um die schalltechnischen Auswirkungen der Verkürzung des Lärmschutzwalls zu prüfen, ist das Schallausbreitungsmodell des oben genannten schalltechnischen Gutachtens entsprechend geändert worden. Die Neuberechnung der Beurteilungspegel zeigt, dass sich durch die Verkürzung des Lärmschutzwalls und durch die damit verbundene Verschiebung/Verkürzung der Zufahrt zum Abbaugelände keine Veränderungen der Lärmbelastung für den hier immissionsempfindlichsten Immissionsort IP 3 ergeben. Der neu ermittelte Beurteilungspegel von 54,2 dB(A) im OG am IP 3 entspricht genau dem Beurteilungspegel der betrachteten Varianten des oben genannten schalltechnischen des Gutachtens.

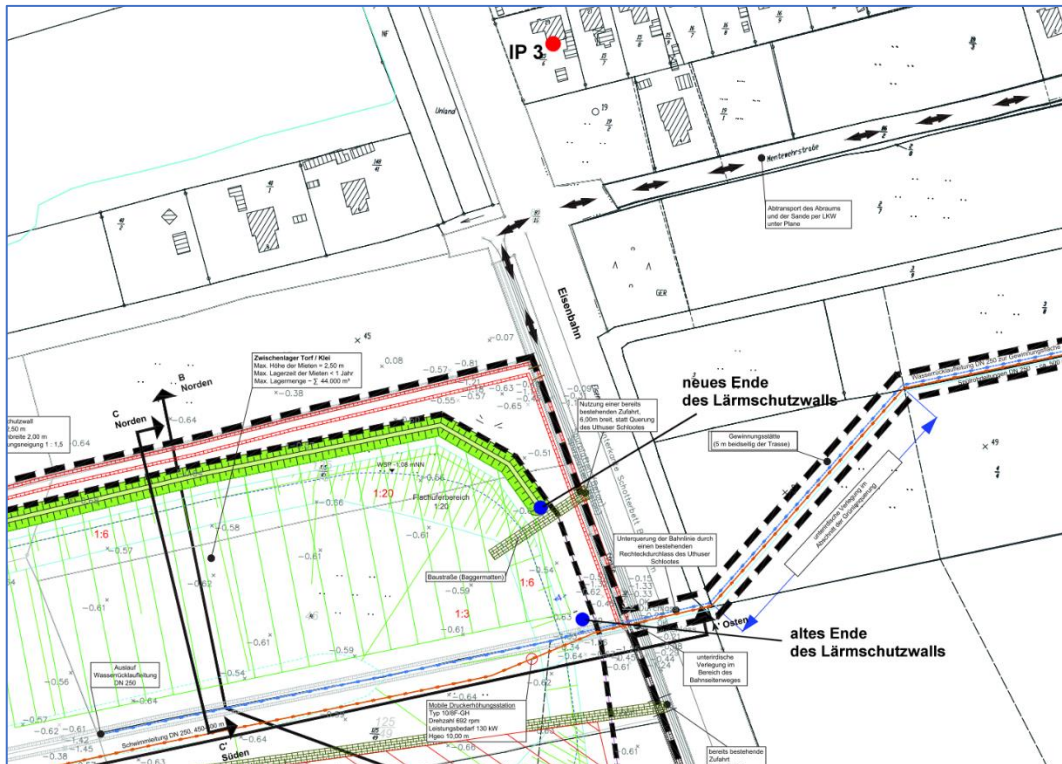


Abb. 1: Planausschnitt mit dem verkürzten Lärmschutzwall und dem Immissionsort IP 3

Dass die Verkürzung des Lärmschutzwalls keine Auswirkungen auf den hier immissionsempfindlichsten Immissionsort IP 3 hat, kann auch augenscheinlich aus dem Planausschnitt in Abb. 1 entnommen werden. Aufgrund der Lage des Immissionsortes IP 3 zum Verlauf des Lärmschutzwalls hat die Verkürzung keinen relevanten Einfluss auf die Gesamtgeräuschbelastung an diesem Ort. Das gleiche gilt auch für die verbleibenden Immissionsorte in der Umgebung.

Auch aus staubtechnischer Sicht ergeben sich aufgrund der Verkürzung des Lärmschutzwalls keine Veränderungen bei der ermittelten Staubbelaftung im oben genannten staubtechnischen Gutachten.

Insgesamt sind die Änderungen, die mit dem vorzeitigen Beginn verbunden sind, aus immissionsschutzrechtlicher Sicht als unbedenklich einzustufen.

Oldenburg, den 25. Juli 2018


Dipl. Phys. Hermann Remmers

itap
GMBH
Messstelle n. § 29b BImSchG

(Geschäftsführer/Leiter der Messstelle nach § 29b BImSchG)